

Tätigkeitsbericht 2024 „Digitale Gesellschaft e.V.“

Die Digitale Gesellschaft e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit seiner Gründung im Jahr 2010 für Grundrechte und Verbraucherschutz im digitalen Raum einsetzt. Als Teil der Zivilgesellschaft stellen wir uns auf die Seite der Bürgerinnen und Bürger und gegen die Interessen von Big-Tech und der Politik, die das Internet nur als einen weiteres Konsumfeld sehen oder bei Digitalisierung und Kommunikation sofort jedes Überwachungspotenzial auszuschöpfen versuchen.

Inhaltlich stand unsere Arbeit auch 2024 wieder unter dem Symbol unserer Kampagne „Chatkontrolle STOPPEN!“. Es gab einen Umzug der Geschäftsstelle und grundlegende Diskussionen um die Zukunft des Vereins. Und mit einer großzügigen Förderung konnten wir den Netzpolitischen Abend neu und hoffentlich noch ein wenig besser aufstellen.

Chatkontrolle

Ein ganz wesentlicher Erfolg der letzten Jahre war der Kampf gegen die Chatkontrolle. Da europäische Themen allzu oft erst diskutiert werden, wenn sämtliche wesentlichen Entscheidungen in Brüssel längst getroffen wurden, haben wir sehr frühzeitig angesetzt und das Bündnis „[Chatkontrolle STOPPEN!](#)“ initiiert. Seit dem Frühjahr 2022 setzen wir uns lautstark, aber auch hinter den politischen Kulissen gegen die anlasslose Überwachung und Kontrolle aller Kommunikation der gesamten europäischen Bevölkerung ein. Nicht zuletzt aufgrund des unermüdlichen Einsatzes der Zivilgesellschaft hat sich im Rat der Europäischen Union bislang keine Mehrheit für diese Massenüberwachung dystopischen Ausmaßes gefunden. Im Jahr 2024 haben wir eher im Hintergrund daran arbeiten, dass im Rat weiterhin eine Sperrminorität besteht. Sowohl die belgische Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte, als auch die ungarische im zweiten Halbjahr versuchten durch vermeintliche „Kompromisse“ oder Schönfärbereien doch noch eine Mehrheit für die Chatkontrolle zu erreichen. Beide Versuche konnten durch intensive Lobbyarbeit, die von der europäischen Vernetzung koordiniert wurde und an der wir aktiv beteiligt waren, verhindert werden. Die Vorschläge wurden jeweils äußerst kurzfristig von der Tagesordnung genommen, da keine qualifizierte Mehrheit abzusehen war. Der Kampf gegen die Chatkontrolle ist also längst zu einem Marathon geworden – den wir nur gemeinsam mit unseren [Bündnispartner*innen](#), European Digital Rights [[EDRi](#)] und nicht zuletzt Eurer Unterstützung durchstehen.

Sicherheitspaket

Im Frühjahr 2024 wurde die europäische KI-Verordnung verabschiedet, die leider kein umfassendes Verbot biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum enthält. Als Teil der Kampagne „Reclaim Your Face (RYF)“ haben wir daher gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein nationales Verbot biometrischer Fernidentifizierung [gefordert](#). Doch statt sich an ihr Versprechen einer evidenzbasierten und den Grundrechten verpflichteten Sicherheitspolitik gebunden zu fühlen, hat uns die Ampel-Koalition nicht nur die kalte Schulter gezeigt, sondern nach dem Anschlag in Solingen Ende August ein „Sicherheitspaket“ vorgelegt, das populistischer und grundrechtsfeindlicher kaum hätte sein können. Gemeinsam mit dem [RYF-Bündnis](#) (Reclaim Your

Face) haben wir mit einer E-Mailaktion und einem offenen Brief versucht Druck auf die Abgeordneten auszuüben. Wir haben eine Stellungnahme verfasst und am 16.10. eine Kundgebung am Brandenburger Tor organisiert. Doch auch wenn die zu diesem Zeitpunkt schon kriselnde Regierungskoalition nicht auf die Einschätzungen von Sachverständigen und Zivilgesellschaft hören wollte (und zumindest Teile des Paket allein deshalb im Bundesrat gescheitert sind, weil CDU/CSU unbedingt noch die untote Vorratsdatenspeicherung hineinverhandeln wollten), hat der Kampf gegen die irrwitzigen Verschärfungen zumindest aufgezeigt, dass eine progressive und emanzipatorische Zivilgesellschaft zusammenstehen kann und sich nicht auf die vollmundigen Versprechungen der Regierenden verlassen darf.

High-Level Group „Going Dark“

2024 war netzpolitisch auch geprägt von der Neuwahl des Europaparlaments, denn der Rahmen für netzpolitische Themen wird zumeist in Brüssel gezimmert. Die Ergebnisse der Wahl im Juni liessen nichts Gutes ahnen und so blickten wir mit besonderer Sorge auf ein Thema, dass uns schon seit 2023 verfolgt, aber wohl erst in der kommenden EU-Legislatur konkret zu werden droht: Der Zugriff von Strafverfolgungsbehörden auf (Kommunikations-)Daten. Weitgehend unter dem Radar der kritischen Öffentlichkeit hat die EU-Kommission eine sogenannte „High-Level Group (HLG)“ [installiert](#), die im Sommer [konkrete Vorschläge](#) gemacht hat, wie den Strafverfolgungsbehörden der Zugriff auf so ziemlich sämtliche Daten der europäischen Bevölkerung ermöglicht werden kann und soll. Unter dem Topos des „Going Dark“, also der (weitgehend evidenzfreien) Erzählung, dass die Ermittlungsbehörden angesichts von verschlüsselter Kommunikation vollkommen hilflos seien, hat die HLG – die ganz überwiegend aus Vertreter*innen von Strafverfolgungsbehörden bestand – tief in die überwachungsstaatliche Mottenkiste gegriffen. Unter anderem fordern sie „access by design“, also die Sicherstellung des Zugriffs auf Kommunikationsdaten und -inhalte, die von Anbietern sichergestellt werden soll – sei es durch Hintertüren oder Client-Side-Scanning. Und natürlich darf auch hier die Forderung nach der Vorratsdatenspeicherung nicht fehlen.

Gemeinsam mit EDRi haben wir die Arbeit der HLG kritisch begleitet und zuletzt gemeinsam mit Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft einen [offenen Brief](#) geschrieben.

Netzpolitischer Abend

Großes Aushängeschild und nicht aus der netzpolitischen Szene wegzudenkendes regelmäßiges Event bleibt der monatliche Netzpolitische Abend (NPA). Seit vielen Jahren laden wir aktive Menschen, Expert*innen und Organisationen am ersten Dienstag des Monats auf die c-base in Berlin-Mitte, um aktuelle Themen zu diskutieren und Projekte vorzustellen. Nach all den Jahren war es an der Zeit, den NPA einmal organisatorisch und inhaltlich zu reflektieren und zu erweitern. Dank einer Förderung der Stiftung Engagement und Ehrenamt (DSEE) konnten wir unter anderem eine studentische Hilfskraft speziell zur Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen einstellen, einigen Speaker*innen eine Entschädigung anbieten oder ihre Anreise bezahlen und ein neues Format ausprobieren: **Die Netzpolitische Matinée.**

Ein wenig unter dem Motto „Mit Kaffee, Kuchen und Kinderbetreuung“ haben wir zwei Veranstaltungen organisiert, die nicht während der Woche abends im Hackerspace sondern Sonntag nachmittags in der Regenbogenfabrik in Berlin-Kreuzberg stattgefunden haben. Anders als bei den NPAs haben wir jeweils drei Expert*innen eingeladen, die nach einem kurzen Input zum Thema untereinander und mit dem Publikum diskutieren. Im April stand der „[Kinder- und Jugendschutz im](#)

[Internet](#)“, im September „[Open Source und das Fediverse für eine freieres Internet](#)“ im Mittelpunkt. Anschließend konnten wir entspannt im Garten weiter diskutieren und neue Projekte planen.

Auch bei den Netzpolitischen Abenden waren die Highlights in diesem Jahr unsere **Themenabende**.

Gleich im Februar hatten wir in Kooperation mit [netzpolitik.org](#) Expertinnen von der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), Amnesty International und Pro Asyl zu „[Digitale Kontrolle im Einsatz gegen Geflüchtete](#)“ eingeladen.

„[Europa vs Big Tech](#)“ war das Thema im April. Konkret ging es dabei um die Europäischen Gesetze Digital-Service-Act und Digital-Markets-Act (DSA & DMA) und deren Einfluss auf die (quasi-)monopolistischen Plattform Google, Amazon, Apple, Microsoft und Meta.

Zur Überwachung in politischen Strafverfahren hatten wir gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) beim Themenabend „[Aktivismus im Visier](#)“ eine betroffene Person wie auch juristische und technische Einschätzung zum „Schnüffelparagrafen“ 129a SGB zu Gast.

Im Juni ging es im Vorfeld der EU-Wahlen darum, was die Entscheidungen aus Brüssel für uns bedeuten.

Der für Dezember geplante Schwerpunktabend zum Computerstrafrecht (und nicht zuletzt zur Zukunft des Hackerparagraphen) musste leider verschoben werden, da nach dem Bruch der Koalition der Gesetzgebungsprozess ins Stocken geraten ist und bis auf weiteres nicht absehbar ist, wie sich diese Thematik parlamentarisch entwickelt.

Sonstiges (Social Media, Konferenzen)

Nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Entwicklungen und des neuen Eigentümers haben wir uns entschlossen, unseren Twitter- bzw. X-Account nun endgültig aufzugeben. Der Schritt ist uns angesichts von über 60.000 Followern nicht ganz leicht gefallen, war aber dennoch überfällig. Seitdem sind wir neben unserem Mastodon-Account auch auf Bluesky vertreten und haben 2024 auch verstärkt Instagram genutzt.

Passend dazu haben wir uns an der Organisation des 1. Berliner Fediversetages am 16.10. beteiligt, in der insbesondere einige Mitglieder sehr aktiv waren. Dort trafen sich Expert*innen und Interessierte und haben engagiert über die Möglichkeiten und aktuelle Entwicklungen dezentraler sozialer Netze diskutiert.

An der „Bildet Netze“-Konferenz von netzpolitik.org Anfang September haben wir uns mit einem Workshop zum Thema „Überwachungskritik auf die Straße tragen“ beteiligt.

Und bereits im Februar haben wir angesichts der seinerzeit drohenden Auslieferung von Julian Assange an die USA gemeinsam mit Reporter ohne Grenzen und Amnesty International vor der amerikanischen Botschaft am Brandenburger Tor demonstriert und darauf hingewiesen, dass nicht das Aufdecken sondern das Verüben von Kriegsverbrechen bestraft werden sollten.

Neues Büro

Im Frühjahr war es uns möglich einen neuen, finanziell günstigeren und für unsere Arbeit besser geeigneteren Büroraum in der Großbeerenstraße zu beziehen. Wir haben dort zwar nur noch einen großen Raum zur Verfügung. Dies kommt aber unserer Arbeitsweise durchaus entgegen und hat uns von einigen organisatorischen und finanziellen Risiken befreit, die mit dem alten Ladenlokal im Wedding verbunden waren.

Zukunft des Vereins

Auf Initiative des Vorstand wurde auf der ordentlichen Mitgliederversammlung im Frühjahr ein Diskussionsprozess darüber angeschoben, ob und in welcher Form es eines Vereins wie der Digitalen Gesellschaft in der deutschen zivilgesellschaftlichen Landschaft noch bedarf. Bis zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Herbst hatten die Mitglieder des Vereins die Möglichkeit, über Sinn, Zweck und Form des Weiterbestehens der Digitalen Gesellschaft zu diskutieren. Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung sprach sich dann eine ganz überwältigende Mehrheit für das Weiterbestehen des Vereins mit einer hauptamtlichen Geschäftsstelle, beziehungsweise zwei 60% Stellen, aus.

Im Rahmen dieser Diskussionen konnten wir einige neue aktive Mitglieder gewinnen und hoffen, die für den Verein fraglos bestehenden Herausforderungen mit neuer Energie zu begegnen und den Verein weiter zu entwickeln.